

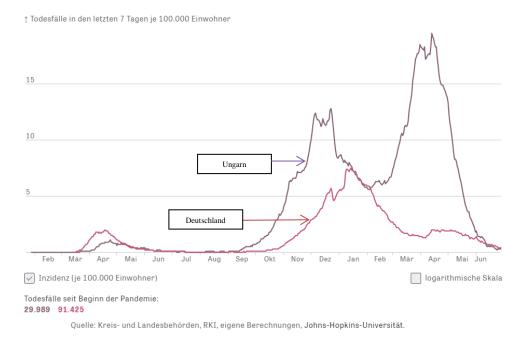
MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 7. JULI 2021

Corona-Politik im Juni

Corona-Todesfälle bleiben auf einem sehr niedrigen Niveau

Die Zahl der täglich an Corona Verstorbenen nimmt seit Ende April konstant ab. Im Juni war diese Zahl durchgehend im unteren zweistelligen oder einstelligen Bereich. 80 am Coronavirus Erkrankte werden derzeit stationär behandelt, davon müssen 17 künstlich beatmet werden. Zugleich sank die Zahl der aktiv Infizierten Anfang Juli auf unter 40.000. Seit dem Beginn der Pandemie wurden in Ungarn mehr als 800.000 Fälle von Erkrankungen am Coronavirus registriert, die Dunkelziffer ist wohl weit höher. Bisher verstarben rund 30.000 der Infizierten. Die Delta-Variante des Coronavirus wurde inzwischen auch in Ungarn entdeckt. Die 7-Tage-Inzidenz liegt bei 2,3 (in Deutschland bei 5,0).



(Quelle: Zeit Online)

In der Graphik sind die Corona-Todesfälle – relativ gemessen an der Gesamtbevölkerung – seit dem Beginn der Pandemie zu sehen, im Vergleich zwischen Deutschland (Pink) und Ungarn (Dunkelviolett). Während die erste Welle im Frühling des Jahres 2020 Deutschland noch härter traf als Ungarn, musste Ungarn im Zuge der zweiten und dritten Welle vergleichsweise deutlich mehr Coronatote verzeichnen.

Impfsituation

Mehr als 5,5 Millionen Menschen in Ungarn ließen sich bis dato impfen, was mehr als 66% der Bevölkerung über 18 Jahre entspricht. Ein Großteil hiervon, etwa 5,1 Millionen, erhielten auch schon die zweite Dosis. Ungarn ist, was den Anteil an vollständig Geimpften anbetrifft, nach Malta auf dem zweiten Platz in der Europäischen Union. Am 10. Juni wurde zudem mit der Impfung der Jugendlichen in der Altersklasse 12-15 begonnen, von denen sich etwa 60.000 bereits registrieren ließen; knapp die Hälfte derer bekam die Impfung schon verabreicht. Ungarn beabsichtigt darüber hinaus, jenen in den Grenzgebieten zu Ungarn lebenden Staatsbürgern der Nachbarstaaten die Möglichkeit zur Impfung in Ungarn im Laufe des Julis anzubieten.

Lockerungen im Reiseverkehr

Mit Wirkung ab dem 24.06.2021 wurde die Regierungsverordnung über die Einreisebeschränkungen folgendermaßen geändert: Die Einreisebeschränkungen und die Quarantänepflicht betreffen diejenigen Personen nicht, die auf dem Landweg nach Ungarn einreisen, die Ausnahme bildet die Einreise aus der Ukraine. Zugleich findet seit dem 1. Juli der standardisierte EU COVID Impfausweis seine Anwendung in Ungarn. Für die Einreise nach Ungarn auf dem Luftweg, bzw. für die Einreise aus dem Nicht-Schengen Raum auf dem Landweg ist dieser nachzuweisen.

Für den aktuellsten Stand empfiehlt sich jedoch stets der Blick auf die <u>Seite des Auswärtigen</u> <u>Amts</u>.

Aufhebung der meisten Infektionsschutzmaßnahmen

Mit der Marke von 5,5 Millionen Geimpsten wurde die Maskenpflicht grundsätzlich abgeschafft. Auch jene, die keinen ungarischen Immunitätsnachweis haben, können fortan Hotels, Restaurants und Schwimmbäder besuchen. Für die Nicht-Geimpsten bleiben vorerst Beschränkungen bezüglich der Großveranstaltungen bestehen – der Zugang zu Festivals, Konzerten und Clubs bleibt jenen also noch verwehrt.

Aufschwung der Wirtschaft

Prognosen der EU-Kommission zufolge wird Ungarn im Jahre 2021 ein Wirtschaftswachstum von 5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichnen können, Außenminister Szijjártó benannte sogar 5,5% als Ziel. Im I. Quartal des Jahres konnte Ungarn mit einem Anstieg des BIP von 1,9 Prozent im Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres das höchste Wirtschaftswachstum in der EU vorweisen. Zugleich befindet sich Ungarn noch in der Rezession: 2020 schrumpfte die Wirtschaftsleistung um 5 %, doch wirtschaftet Ungarn erfolgreich im Lichte seiner Politik der schnellen Öffnung, könnte es schon im Frühjahr 2022 das Vorkrisenniveau erreicht haben.

In der Tabelle finden Sie Daten zu Ungarn aus der Frühjahrsprognose der EU vom 12. Mai 2021:

Indicators	2019	2020	2021	2022
GDP growth (%, yoy)	4,6	-5,0	5,0	5,5
Inflation (%, yoy)	3,4	3,4	4,0	3,2
Unemployment (%)	3,4	4,3	4,3	3,8
General government balance (% of GDP)	-2,1	-8,1	-6,8	-4,5
Gross public debt (% of GDP)	65,5	80,4	78,6	77,1
Current account balance (% of GDP)	-0,4	-0,3	-0,6	-0,5

(Quelle: Europäische Kommision)

Und zum Vergleich die wirtschaftlichen Zahlen von Deutschland:

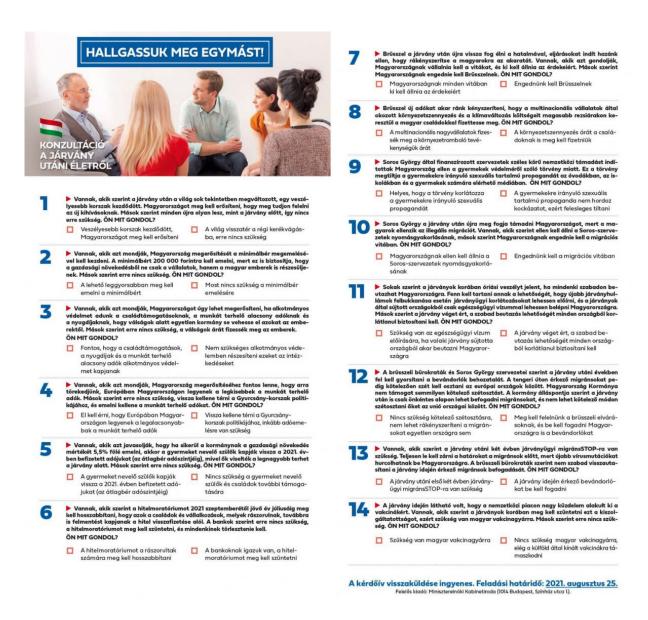
Indicators	2019	2020	2021	2022
GDP growth (%, yoy)	0,6	-4,9	3,4	4,1
Inflation (%, yoy)	1,4	0,4	2,4	1,4
Unemployment (%)	3,1	3,8	4,1	3,4
General government balance (% of GDP)	1,5	-4,2	-7,5	-2,5
Gross public debt (% of GDP)	59,7	69,8	73,1	72,2
Current account balance (% of GDP)	7,3	7,2	7,8	6,9

(Quelle: Europäische Kommision)

Neue Nationale Konsultation zum "Leben nach der Pandemie"

Die sogenannte "Nationale Konsultation" wurde von der zweiten Orbán-Regierung bereits 2010 als politische Umfrage initiiert, in deren Rahmen die Bevölkerung zu ihrer Meinung zu den aktuellen Themen befragt werden sollte. An alle Bürger werden Umfragebögen versandt, welche anonym und kostenlos zurückgeschickt werden können. Seitdem wurde dieses Verfahren mehrmals durchgeführt, zuletzt 2020 zum Corona-Management der Regierung. Im Ausland bekannt wurde etwa die "Nationale Konsultation zum Soros-Plan", die 2017 ins Kreuzfeuer vieler europäischer Medien geriet. Kritiker bemängeln die Fragen als voreingenommen und suggestiv, was erklären würde, dass die Umfrageergebnisse zumeist von einer großen Mehrheit im Sinne der Regierung beantwortet werden. Die Regierung schaffe sich hiermit bequem eine Legitimation für ihre Entscheidungen. Befürworter dagegen sehen in den Konsultationen die Möglichkeit für die Bürger, Einfluss auf die politischen Geschehnisse zu nehmen. Fakt ist, dass jedes Mal zwischen 1,5 und 2 Millionen an der Befragung teilnahmen und dieses Instrumentarium mittlerweile als ungarisches Unikum gilt.

Die aktuelle Nationale Konsultation zum "Leben nach der Pandemie" wurde Anfang Juli lanciert, Einsendeschluss ist der 25. August 2021.



(Quelle: koronavirusinfo.gov.hu)

Insgesamt enthält die Nationalen Konsultation 14 Fragen, erkundigt wird sich nach der Meinung des Bürgers zu Themen, die etwa die Sozialpolitik, die Familienpolitik oder die Migration betreffen. Geantwortet wird mit Zustimmung oder aber Ablehnung. Die Fragen der aktuellen Konsultation finden sich im Folgenden:

- 1. Manche sagen, dass die Welt nach der Pandemie in vielerlei Hinsicht verändert ist und eine gefährlichere Ära beginnt. Ungarn muss gestärkt werden, um die neuen Herausforderungen zu meistern. Andere sagen, dass alles wieder so wird, wie es vor der Pandemie war, also muss nichts unternommen werden. Was denken Sie?
- 2. Manche sagen, dass die Stärkung Ungarns mit der Erhöhung des Mindestlohns beginnen sollte. Der Mindestlohn sollte auf 200.000 Forint angehoben werden, denn damit wird auch sichergestellt, dass nicht nur die Unternehmen, sondern auch das ungarische Volk vom Wirtschaftswachstum profitieren. Andere sagen, das sei nicht nötig. Was denken Sie?

- 3. Manche sagen, dass man Ungarn damit stärken kann, wenn man die Unterstützung der Familien, niedrige Lohnsteuern und die Renten verfassungsrechtlich schützt, so dass keine Regierung diese den Menschen in Krisenzeiten wegnehmen kann. Andere argumentieren, dass dies nicht notwendig sei, da die Menschen den Preis für Krisen zahlen sollten. Was denken Sie?
- 4. Manche sagen, dass es zur Stärkung Ungarns wichtig ist, anzustreben, dass Ungarn die niedrigsten Einkommenssteuern in Europa hat. Andere sagen, das sei nicht nötig, man solle zur Politik der Gyurcsány-Ära zurückkehren und die Einkommenssteuern erhöhen. Was denken Sie?
- 5. Einige schlagen vor, dass, wenn es der Regierung gelingt, die Wirtschaftswachstumsrate auf über 5,5 Prozent zu erhöhen, Eltern, die Kinder großziehen, im Jahr 2021 eine Rückerstattung ihrer gezahlten Steuern erhalten sollten (bis zum durchschnittlichen Lohnsteuersatz), da sie während der Pandemie die größte Last getragen haben. Andere sagen, dies sei nicht notwendig. Was denken Sie?
- 6. Einige meinen, dass das Kreditmoratorium von September 2021 bis Juli nächsten Jahres verlängert werden sollte, damit bedürftige Familien und Unternehmen weiterhin von der Rückzahlung des Kredits befreit werden können. Die Banken sagen, das sei nicht nötig, das Moratorium solle aufgehoben werden und jeder solle zurückzahlen. Was denken Sie?
- 7. Brüssel wird nach der Pandemie wieder seine Macht missbrauchen und ein Verfahren gegen unser Land einleiten, um den Ungarn seinen Willen aufzuzwingen. Es gibt diejenigen, die meinen, Ungarn sollte sich der Debatte annehmen und sich für das Volk einsetzen. Andere meinen, Ungarn sollte sich Brüssel beugen. Was denken Sie?
- 8. Brüssel will uns neue Steuern auferlegen, damit die ungarischen Familien die Kosten der Umweltverschmutzung und des Klimawandels, die von multinationalen Unternehmen verursacht werden, durch höhere Nebenkostenrechnungen bezahlen. Was denken Sie?
- 9. Von George Soros finanzierte Organisationen haben einen großangelegten internationalen Angriff auf Ungarn wegen seines Kinderschutzgesetzes gestartet. Dieses Gesetz verbietet an Kinder gerichtete sexuelle Propaganda in Kindergärten, Schulen und in für Kinder zugänglichen Medien. Was denken Sie?
- 10. George Soros wird Ungarn nach der Pandemie Ungarn wieder angreifen, weil die Ungarn gegen die illegale Migration sind. Die einen sagen, wir sollten dem Druck der Soros-Organisationen widerstehen, die anderen, Ungarn solle in der Migrationsdebatte nachgeben. Was denken Sie?
- 11. Im Zeitalter der Pandemien sehen viele Menschen in der Freizügigkeit der Einreise nach Ungarn eine große Gefahr. Es sollte die Möglichkeit offen gehalten werden, bei neuen Pandemiewellen Beschränkungen zu verhängen und die Einreise nach Ungarn aus von

Pandemien betroffenen Ländern nur mit Gesundheitsvisa zu erlauben. Andere argumentieren, dass die Pandemie vorbei ist und dass die Reisefreiheit aus allen Ländern uneingeschränkt gelten sollte. Was denken Sie?

- 12. Die Brüsseler Bürokraten und die Organisationen von George Soros sagen, dass in den Jahren nach der Pandemie die Einwanderung beschleunigt werden soll. Migranten, die auf dem Seeweg ankommen, müssten zwangsweise auf europäische Länder verteilt werden. Die ungarische Regierung lehnt die Zwangsverteilung ab. Nach Ansicht der Regierung können Migranten auch nach der Pandemie nur auf freiwilliger Basis aufgenommen und nicht zwangsweise auf die EU-Länder verteilt werden. Was denken Sie?
- 13. Einige argumentieren, dass ein Migrations-STOP in den zwei Jahren nach der Pandemie eingeführt werden sollte. Es besteht die Notwendigkeit, die Grenzen für Migranten komplett zu schließen, weil sie neue Virusmutationen nach Ungarn bringen könnten. Den Brüsseler Bürokraten zufolge darf man aber Migranten, die während einer Pandemie ankommen, nicht zurückweisen. Was denken Sie?
- 14. Während der Pandemie war es offensichtlich, dass auf dem internationalen Markt ein großer Kampf um Impfstoffe stattfand. Einige argumentieren, dass im Zeitalter der Pandemien diese Anfälligkeit beendet werden muss und dass eine ungarische Impfstofffabrik benötigt wird. Andere sagen, dass es hierfür keinen Bedarf gibt. Was denken Sie?

Hintergründe zum ungarischen Kinderschutzgesetz

Am 15. Juni 2021 verabschiedete die 199 Abgeordnete zählende Ungarische Nationalversammlung mit 157 Stimmen (bei einer Gegenstimme) das Gesetz Nr. T/16365 über das strengere Auftreten gegen pädophile Straftäter sowie über die Novelle einzelner Gesetze zum Schutz von Kindern. Dem Entwurf stimmten mitunter die zwei Regierungsparteien, die Oppositionspartei Jobbik sowie der Abgeordnete der ungarndeutschen Minderheit zu. Die Abgeordneten der DK, MSZP und LMP boykottierten die Abstimmung.

Das Gesetz sieht Anpassungen in mehreren Einzelgesetzen vor. Im Mittelpunkt der Modifikationen steht zum einen die Verschärfung des Strafgesetzbuches, wodurch unter anderem der Besitz und die Herstellung von Kinderpornografie strenger als bisher geahndet werden. Mögliche Berufsverbote von verurteilten pädophilen Straftätern wurden weiter gefasst. Ferner sollen Eltern die Möglichkeiten zur Einsicht in ein Strafregister von Pädophilen bekommen.

Zum anderen soll vor dem Hintergrund des Schutzes von Kindern die Stärkung der elterlichen Rechte, insbesondere hinsichtlich der Sexualaufklärung, forciert werden. Dabei möchte man der "Frühsexualisierung" einen Riegel vorschieben. Zukünftig darf in der Schule das Fach Sexualkunde und -aufklärung nur von zugelassenen Personen unterrichtet werden. Das Gesetz richtet sich aber nicht gegen Homosexuelle, die in Ungarn eine eingetragene

Lebenspartnerschaft eingehen können, sondern dient ausschließlich dem Schutze der Minderjährigen. So steht im Gesetz:

"Zur Sicherstellung der in diesem Gesetz gefassten Ziele und der Rechte von Kindern ist es verboten, Personen unter 18 Jahren pornografische, sowie Inhalte zugänglich zu machen, die Sexualität als Selbstzweck darstellen, beziehungsweise die Abweichung von dem Geschlecht bei der Geburt entsprechenden Identität, die Umwandlung des Geschlechts, sowie Homosexualität darstellen und bewerben."

In der Gesetzesbegründung heißt es hierzu,

"dass bestimmte Inhalte im Interesse ihrer gesunden seelischen und geistigen Entwicklung zu einem dem Alter entsprechenden Zeitpunkt den Kindern vermittelt werden sollten. Es gibt nämlich solche Inhalte, die von den Kindern – unter einem bestimmten Alter – missverstanden werden können, beziehungsweise die sich schädlich auf ihre Entwicklung im jeweiligen Alter auswirken können oder das Kind einfach nichts damit anfangen kann, daher wird das in der Entwicklung befindliche moralische Wertesystem oder just das Bild über sich selbst und die Welt durcheinandergebracht."

In Ungarn dürften nach diesem Gesetz – um den Vergleich zu Deutschland zu ziehen – etwa keine Broschüren zur frühkindlichen Sexualkunde und Inklusionspädagogik in Kitas und Schulen verteilt werden. Kinder sollen also ohne Einfluss von außen ihre Sexualität im Laufe ihrer Jugend selbst bestimmen. Den Wortlaut des Gesetzes können Sie unter folgendem Link auf unserer Homepage abrufen.

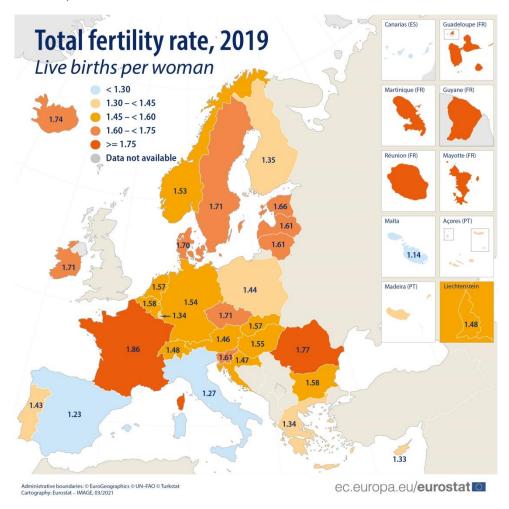
Kritik

Unmittelbar nach der Verabschiedung kam vonseiten der Opposition scharfe Kritik am Gesetz, welches Pädophilie und Homosexualität vermengen würde; man witterte eine Parallele zum russischen Gesetz zum Verbot der "homosexuellen Propaganda". International erregte das Gesetz auch großes Aufsehen. Anlässlich des in Brüssel stattfindenden Europäischen Rats, am selben Tag, als das Gesetz verabschiedet wurde, erhoben Vertreter vor allem der Beneluxländer schwere Vorwürfe gegen Ungarn, zuvor stimmten 13 Mitglieder des Rates der Europaminister dafür, dass die Europäische Kommission rechtlich gegen Ungarn tätig werden solle. Zu diesen 13 Ländern gehörten Deutschland, Frankreich, Spanien, Irland, die drei Beneluxländer sowie die sechs nordischen und baltischen Staaten. Laut Medienberichten sollen Slowenien, Polen, Bulgarien und die Slowakei für die Position der Ungarn aufgetreten sein.

Infolge der Verschärfung des Meinungsstreites antwortete Ministerpräsident Orbán in seinem 11. Samisdat-Brief auf die Kritik. Diesen können Sie auf Englisch unter folgendem <u>Link</u> öffnen.

Kinder- und Familienförderung

Parallel zur Ausweitung des Schutzes des Rechtes zur Erziehung hat der ungarische Staat in den letzten Legislaturperioden umfangreiche Maßnahmen zur Förderung von Kindern umgesetzt, über kostenlose Sommerfreizeiten und Kinderprogrammen bis zu quasi gebührenfreien Krippen- und Kindergartenplätzen. Wer drei Kinder hat, zahlt effektiv keine Einkommenssteuer, das Elterngeld ist für eine Zeit höher als das zuvor bezogene Gehalt und Mütter dürfen das Elterngeld nach der Rückkehr in den Beruf neben ihrem Gehalt im vollen Umfang weiter in Anspruch nehmen. Darüber hinaus werden überall in Ungarn hunderte Spielplätze gebaut oder erneuert, im Budapester Stadtpark eröffnete im Herbst 2019 einer der größten Spielplätze Europas. All dies sind aber alles nur kleine Steine eines Mosaiks einer sehr erfolgreichen Familienpolitik: die Geburtenrate ist von 1,23 im Jahr 2011 – auf 1,55 im Jahr 2019 gestiegen. Zugleich erreichte die Zahl der Scheidungen und Abtreibungen historische Tiefststände, während die der Eheschließungen zunahm. Nächstdem stellte die Regierung in Aussicht, Elternteilen, die Kinder erziehen, jeweils bis zu 800.000 HUF der Einkommenssteuer des Jahres zurückzuerstatten, falls man 2021 ein Wirtschaftswachstum von mindestens 5,5% erreiche.



(Quelle: Eurostat)

Viktor Orbáns Rede vom 19. Juni: "30 Jahre in Freiheit"

Auf der Konferenz "30 Jahre in Freiheit" – aus Anlass des Abzuges des letzten sowjetischen Soldaten aus Ungarn vor 30 Jahren – hielt Ministerpräsident Viktor Orbán am 19. Juni eine Rede zum Stand der Europäischen Union. Orbáns Worte standen zweifelsfrei für den kulturellen Raum Europa, das er "fantastisch, überwältigend, atemberaubend und unnachahmlich" nannte. Zugleich kritisierte er jedoch den Zustand des politischen Konstrukts Europäische Union. Zuerst beanstandete Orbán das Demokratiedefizit der EU, welche auf

dem Weg sei, zu einem imperialen Superstaat zu avancieren. In Brüssel sei man bestrebt, "die Grundlage der europäischen Kultur bildenden natürlichen Gemeinschaften zu schwächen." Im Fadenkreuz befänden sich die Nation, die Regionen, die christlichen und jüdischen Kirchen und die Familien. Deshalb müsse man den Ausdruck der "ever closer union" aus dem Grundlagenvertrag der EU streichen." – so Orbán.

Des Weiteren habe man die Europäische Kommission, die ursprünglich die unparteiische Hüterin der Verträge zu sein hatte, zu einer politischen Körperschaft umfunktioniert. Brüssel habe "einen ansehnlichen Teil seiner Macht den von außerhalb Europas organisierten und geleiteten Netzwerken übergeben und zugespielt, in erster Linie den Netzwerken von George Soros und den dahinterstehenden amerikanischen demokratischen Interessen." Orbán nach müsse sich die EU daher wieder auf ihren Grundauftrag, den wirtschaftlichen Erfolg der Mitgliedstaaten besinnen, statt zu belehren, zu drohen, zu zwingen, zu strafen, so die Worte des Ministerpräsidenten. Hierfür wäre eine Reform des EU-Parlaments sinnvoll – man müsse die nationalen Parlamente stärken, die dann, etwa nach dem Vorbild der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Vertreter nach Straßburg entsenden würden. Zudem sollten die nationalen Parlamente Vetorechte in solchen Fällen haben, wenn Gesetzgebungsprozesse in der EU nationale Zuständigkeiten verletzen.

Orbáns letzte Forderung war die der Aufnahme Serbiens in die Europäische Union. Seine Rede schloss er mit folgenden Worten:

"Wir haben eine Möglichkeit erhalten, die Sowjetisierung der Europäischen Union und die Moskauisierung Brüssels aufzuhalten. Wir wissen, was für eine Gefahr droht, denn wir leben erst seit dreißig Jahren in Freiheit. Wir waren schon immer die Freiheitskämpfer Europas. Wir haben die Freiheit erkämpft, und unsere westlichen Freunde haben sie geerbt. Was für ein Unterschied! Wir sollten genügend geistigen und politischen Mut haben, und einsehen, dass die Zeiten sich geändert haben. Vor dreißig Jahren hatten wir geglaubt, Europa sei unsere Zukunft, heute sehen wir schon, dass wir die Zukunft Europas sind. Wagen wir es, auch in Brüssel Demokraten und Freiheitskämpfer zu sein, denn nur daraus kann die neue europäische Renaissance geboren werden."

Die Rede in voller Länge können Sie auf Deutsch hier nachlesen.

Gemeinsame Erklärung der patriotischen Parteien im Europäischen Parlament

Ganz im Sinne der Rede des Ministerpräsidenten unterzeichnete die Fidesz zwei Wochen darauf, am 2. Juli, eine Erklärung zur Kooperation im Europäischen Parlament gemeinsam mit den Vertretern von 16 Parteien aus dem rechtskonservativen Spektrum. Mit zu den Unterzeichnern gehörten unter anderem die polnische PiS, die französische Rassemblement National, die Lega von Matteo Salvini und die österreichische FPÖ. Anvisiert wird eine Reform der Europäischen Union, welche sich auf dem zentristischen Irrweg der "ever closer union" befände. Die Reformen sähen mehr Rechte für die nationalen Parlamente und mehr Souveränität für die Mitgliedstaaten vor – wie etwa durch die Abschaffung der Mehrheitsentscheidungen in den Rechtsetzungsprozessen auf EU-Ebene.

Die gemeinsame Erklärung könnte das Fundament für eine parlamentarische Kooperation unter dem Dach einer gemeinsamen Fraktion im EP bilden. Derzeit wäre eine solche Fraktion zweitstärkste Kraft.

Den Text der Deklaration auf Englisch können Sie hier nachlesen.

Parteipolitische Neuigkeiten

Neueste Umfrageergebnisse

Den jüngsten Ergebnissen einer Meinungsumfrage des regierungskritischen Závecz Forschungsinstituts von Mitte Juni nach liefern sich die Regierungskoalition und die vereinigte Liste von fünf Oppositionsparteien wie schon die Monate zuvor ein Kopf-an-Kopf-Rennen, wenn man die sicheren Wähler berücksichtigt. Die amtierende Fidesz-KDNP Listenverbindung würde 47 % erzielen, ein Prozent weniger als im Vormonat; die aller Wahrscheinlichkeit nach zu den Wahlen antretende vereinigte Oppositionsliste aus MSZP, Jobbik, Demokratische Koalition, Momentum und LMP hingegen gleichbleibende 50 %. Drei Prozent der Befragten würden ihre Stimme weder der Fidesz-KDNP noch der vereinigten Oppositionsliste sondern den sonstigen Oppositionsparteien geben. Während die Fidesz-KDNP bei der Frage nach den einzelnen Parteipräferenzen auf 46 % kommt, ist mit 17 % derzeit die Demokratische Koalition nach wie vor die populärste Partei der Opposition, gefolgt von der Jobbik (16 %).

Das regierungsfreundliche Nézöpont-Institut ermittelte hingegen Anfang Juni, dass die Fidesz-KDNP 52 % der Stimmen vereinen würde, gegenüber 43% der Oppositionsliste. 5 % würden andere Parteien wählen. 22 % der Stimmberechtigten seien aber entweder noch unentschieden, oder möchten generell nicht wählen gehen.

Gergely Karácsony vs. Viktor Orbán



(Quelle: Index.hu)

Das Nézőpont-Institut hat zwischen dem 17. Mai und dem 23. Juni wöchentlich die Popularität von Viktor Orbán und dem Budapester Oberbürgermeister Gergely Karácsony gemessen. Karácsony tritt zu den von der Oppositionsliste voraussichtlich im August abgehaltenen Vorwahlen an und wird als aussichtsreicher Kandidat gehandelt. Damit wäre er im Frühjahr 2022 bei den Wahlen zum Ungarischen Parlament womöglich Orbáns Herausforderer.

Während der Premierminister in im Zeitraum der Befragung von 49-53 Prozent der Befragten gewählt wurde, schwankte die Popularität des Budapester Bürgermeisters zwischen 14 und 21 Prozent. Der Anteil derer, die keinen der beiden wählen würden, lag zwischen 16 und 23 Prozent. Dem Nézőpont-Institut nach hatte Karácsony im gemessenen Zeitraum die niedrigste Unterstützung von 14 Prozent "wegen der Skandale um sein Englisch" zu verantworten (siehe Monatsbrief Juni), die höchste von 21 Prozent war auf Kampagne gegen die geplante chinesische Fudan-Universität in Budapest zurückzuführen.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Veranstaltungen

Ende Juli empfängt das Institut den Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz Herrn Prof. Dr. Andreas Rödder in Budapest. Im Rahmen seines Aufenthaltes wird Rödder sein jüngst ins Ungarische übersetztes, vom MCC-eigenen Verlag herausgegebenes Buch "Konservativ 21.0: Eine Agenda für Deutschland" in Debrecen am 26. Juli 15.00 Uhr und in Budapest am 27. Juli 16.00 Uhr vorstellen. Bei der Buchbesprechung in Debrecen wird Kanzleramtsminister Dr. Gergely Gulyás mit dem Autor über das Werk diskutieren.

Näheres hierzu und die Möglichkeit zur **Registrierung bis zum 15.07.** unter den beiden Links: <u>Debrecen</u> oder <u>Budapest</u>.

Vom 22. bis zum 24. Juni war der Schriftsteller und Historiker **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** zu Gast beim Deutsch-Ungarischen Institut. Während seines Aufenthaltes präsentierte er sein Buch "Die Zukunft gestalten wir! Wie wir den lähmenden Zeitgeist überwinden" – dies war zugleich die erste Offline-Veranstaltung des Instituts. Einen Überblick über die Veranstaltung können Sie <u>hier</u> erhalten. Klaus-Rüdiger Mai veröffentliche im Zuge seiner Eindrücke aus Ungarn einen sehr lesenswerten Artikel ("Die Kritik aus der EU stärkt Orbán im Wahlkampf"), den Sie <u>hier</u> abrufen können.

Darüber hinaus durften wir eine Woche darauf Herrn **Dr. Marc-Michael Blum** in Budapest empfangen, der beim Institut ein dreitägiges Seminar zu Massenvernichtungswaffen und Abrüstung abhielt. Den Bericht hierzu finden sie unter folgendem <u>Link</u>. Blum wird im September als Visiting Fellow zu Gast beim MCC sein.

Veröffentlichungen

Vor kurzem erschien "Der ungarische Staat. Ein interdisziplinärer Überblick" im Springer Verlag. Die Herausgeber des Werkes sind Dr. Zoltán Szalai, der Generaldirektor des Mathias Corvinus Collegiums, sowie der Vorsitzende des Kuratoriums des MCC, Dr. Orbán Balázs. Im Band finden sich Beiträge hochrangiger Persönlichkeiten des ungarischen öffentlichenund akademischen Lebens zur Politik, Geschichte und Wirtschaft des Landes. Ausführlicheres hierzu bei Springer, die Möglichkeit zum Kauf darüber hinweg hier. Geplant ist weiterhin, das Buch im September in Berlin vorzustellen.

Dem Leser seien zudem folgende jüngst erschienenen Beiträge empfohlen. Frank Spengler, ehemaliger Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung Ungarn, sprach vor kurzem mit dem ungarischen Nachrichtenportal Mandiner über den Stand der deutsch-ungarischen Beziehungen vor der Bundestagswahl. Das Interview auf Deutsch können Sie hier nachlesen.

Auf der Homepage des Instituts kann man die von unserem Institutsleiter geschriebene Analyse "Was ist das Problem mit dem deutschen Wahlsystem?" finden. Er publizierte zudem in der jüngsten Ausgabe der Tagespost eine Analyse zum ungarischen Kinderschutzgesetz, näheres dazu: <u>Ungarn geht es um den Schutz der Kinder</u>. Des Weiteren wurde von einem unserer Mitarbeiter ein kulturgeschichtlicher Beitrag über das viel- und mitunter deutschsprachige Banat in der <u>Budapester Zeitung</u> publiziert. Ebenso in der Budapester Zeitung wurde unser <u>Veranstaltungsbericht zur Budapester Europarede</u> veröffentlicht, welche diesjährig der österreichische Altkanzler Dr. Wolfgang Schüssel hielt.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in ihrem elektronischen Postkasten zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Dr. Bence Bauer LL.M.

Zuständiger Mitarbeiter: Martin Josef Böhm M.A.

Sitz: 1016 Budapest, Somlói út 49-53.

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155 Web: www.magyarnemetintezet.hu

E-Mail: mni@mcc.hu